

**Abrechnungskomponente
im Modellvorhaben /
Haushaltsmittel-Bewirtschaftung**

**Anlage 2 zum Abschlussbericht
Modellvorhaben Lizenz- und Kostenfragen
bei Geodaten**

Inhaltsverzeichnis

1. ePayBL im Modellvorhaben	3
1.1. Historie zur Auswahl des Bewirtschafters.....	3
1.2. Testumgebung	4
1.3. Vorgenommene Anpassungen in ePayBL.....	5
2. Haushaltsmittel-Bewirtschaftung / Verteilung der Einnahmen	7
2.1. Abläufe.....	8
2.2. Fragestellungen	10
2.3. Weitere Hinweise	15
3. ePayBL-Anbindung in GeoLizenz.org	17

1. ePayBL im Modellvorhaben

Im Modellvorhaben wurde zum Test der Zahlungsvorgänge für geldleistungspflichtige Geodienste die Abrechnungskomponente ePayBL eingesetzt.

Die Bewirtschaftung wurde vom Betreiber ePayBL Sachsen-, dem Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID), durchgeführt. Im Modellvorhaben hat der SID damit sowohl die Rolle des Betreibers als auch die Rolle des Bewirtschafters übernommen (zur Historie der Auswahl des Bewirtschafters siehe Kapitel 1.1).

Eine Verteilung der Einnahmen an die Diensteanbieter war von Beginn an im Modellvorhaben nicht vorgesehen.

Abbildung 1 veranschaulicht das Zusammenspiel der am Betrieb von ePayBL im Modellvorhaben beteiligten Stellen.

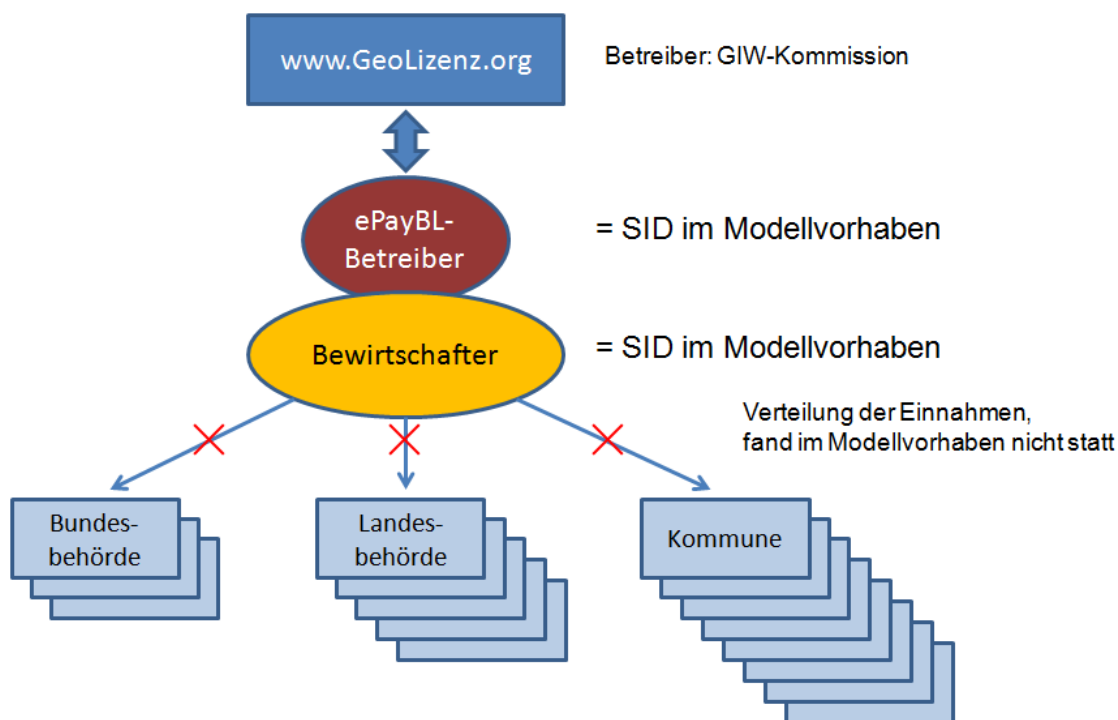


Abbildung 1 – Betrieb von ePayBL im Modellvorhaben

Der Test fand ausschließlich im ePayBL-Integrationssystem statt. Dadurch wurden die Finanztransaktionen nur virtuell ausgeführt. Entsprechend sind echte Einnahmen unterblieben und eine Weiterverteilung war generell nicht erforderlich (zur Testumgebung siehe Kapitel 1.2).

Die für die Evaluierung im Hinblick auf einen späteren Produktiveinsatz interessierenden Fragestellungen aus Sicht des ePayBL-Betreibers und des Bewirtschafters sind in Kapitel 2 aufgeführt.

Kapitel 3 enthält Fragestellungen aus Sicht des Betreibers von GeoLizenz.org.

1.1. Historie zur Auswahl des Bewirtschafters

Da es sich beim Modellvorhaben um ein IMAGI-Vorhaben handelt, richtete sich der Fokus bei der Suche eines Bewirtschafters zunächst auf Bundesbehörden.

Zunächst wurde bei den am Modellvorhaben beteiligten Bundesbehörden angefragt. Dabei hat sich herausgestellt, dass – da keine dieser Behörden ePayBL bislang einsetzt – die notwendigen Anpassungen für eine (erstmalige) Anbindung von ePayBL Bund an das jeweils behördeneigene Abrechnungssystem im geforderten Zeitrahmen nicht realisierbar waren. Die Schwierigkeiten sind in den Protokollen der Arbeitsgruppe dokumentiert¹. Lösungsansätze wurden mit dem DIMDI - Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information und dem Bundesarchiv diskutiert, die Behörden konnten aber für das Modellvorhaben nicht gewonnen werden. Auf Vorschlag des ZIVIT wurde an den SID verwiesen, der ePayBL im Rahmen der Bund/Länder-Kooperation realisiert hat.

Der SID hat die ArGr zunächst über die realisierte Variante informiert und sich dann auch dazu bereit erklärt, sowohl die Mandantenkonfiguration als auch die Bewirtschafterrolle zu übernehmen.

1.2. Testumgebung

Im Verlauf des Projektes hat die ArGr entschieden, das Modellvorhaben auf dem ePayBL-Integrationssystem auszuführen (statt auf dem ePayBL-Produktionssystem). Dadurch wurde zum einen einer weiteren Verzögerung des Teststartes entgegengewirkt, zum anderen wurde das Anfordern geldleistungspflichtiger Dienste durch Projektpartner vereinfacht, da keine echten Zahlungen erfolgen mussten. Dass diese Entscheidung den Test der Abrechnungskomponente nicht nachteilig beeinflusst hat, zeigt der prinzipielle Aufbau des Daten- und Geldflusses für das Integrations- und Produktionssystem in Abbildung 2.

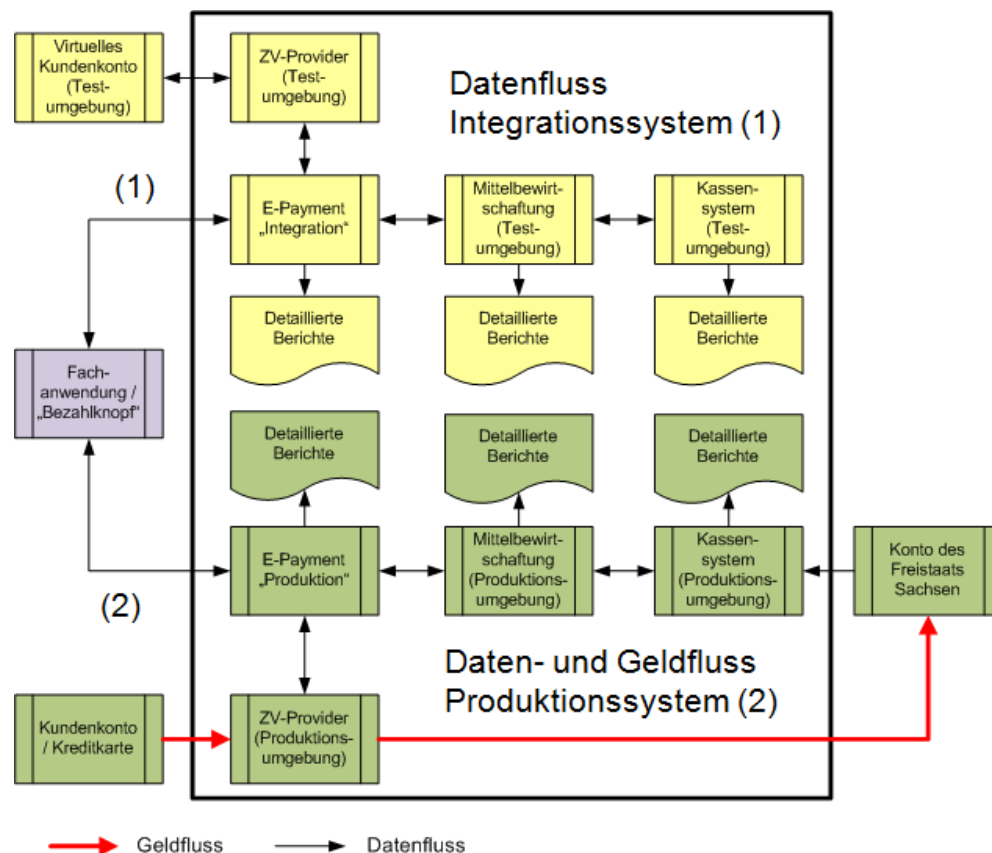


Abbildung 2 - Daten- und Geldflusses für das Integrations- und Produktionssystem

¹ Die dabei genannten Hindernisse und Schwierigkeiten wurden bereits im Feinkonzept aufgeführt und sind darüber hinaus den Protokollen zum Thema Bewirtschaftung im Modellvorhaben zu entnehmen.

Es wird deutlich, dass sich das Produktionssystem nur dadurch vom Integrationssystem unterscheidet, dass auf Seiten des Zahlungsverkehrs-Providers (ZV-Provider) ein reeller Geldfluss ausgelöst wird und die Mittelbewirtschaftungs- und Kassensysteme tatsächlich in das Haushaltssystem des Freistaats buchen. Berichte, Auswertungen, Fehler- und Einleseprotokolle sind jeweils in der Produktions- und Integrationsumgebung gleich. Der Zahlungsverkehr wird in der Integrationsumgebung wirklichkeitsnah abgebildet. Ein Umstellen auf einen echten Wirkbetrieb wäre in wenigen Tagen zu realisieren.

1.3. Vorgenommene Anpassungen in ePayBL

In der beginnenden Zusammenarbeit mit SID wurde festgestellt, dass zur Umsetzung der Einbindung von GeoLizenz.org in die Basiskomponente Zahlungsverkehr des Landes Sachsen (BAK-ZV) Anpassungen zwischen dem Mandanten GeoLizenz und ePayBL Sachsen erforderlich war. Diese Anpassungen bezogen sich auf das Modul Rechnungsstellung und resultieren primär aus der Vorgabe des Landes Sachsen, dass in ePayBL Sachsen keine Nutzerdaten gespeichert werden dürfen. Vom ZIVIT wurde bestätigt, dass die Änderungen innerhalb der Entwicklungsgemeinschaft von allgemeinem Interesse seien und bei Bedarf auch auf andere ePayBL-Anwendungen übertragen werden könnten. Inhalte und Vorteile der Anpassungen werden nachfolgend aufgeführt.

Abbildung 3 zeigt die Einbindung der GeoLizenz-Fachanwendung in die Basiskomponente Zahlungsverkehr des Landes Sachsen (BAK-ZV):

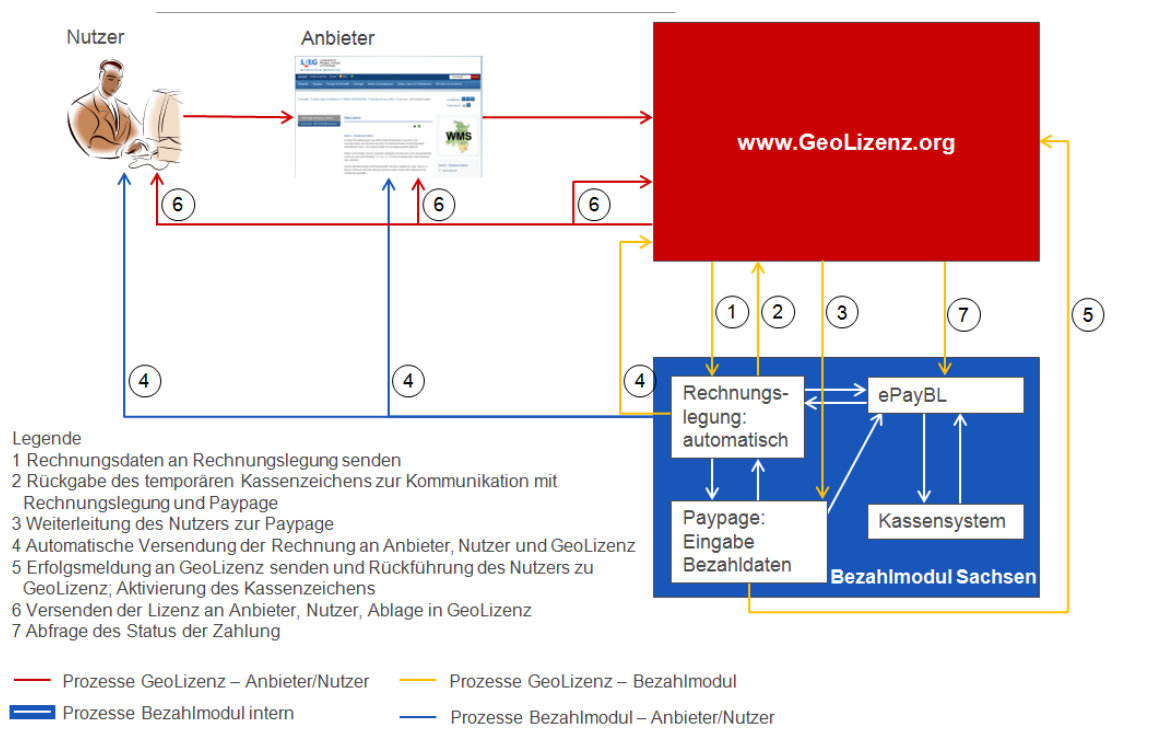


Abbildung 3 - Einbindung der GeoLizenz-Anwendung in die BAK-ZV

Zur Umsetzung dieser Einbindung waren folgende Erweiterungen nötig

1. Um den Status der Bezahlung in GeoLizenz abfragen und im Rahmen des Lizenzmanagements anzeigen zu können, musste eine Webservice-Methode („anlegenRechnung“) um

das Zurückliefern des Kassenzzeichens und der erzeugten E-Shop-Kundennummer erweitert werden.

Vorteil: Fachanwendungen, die ihre Rechnungen über die Rechnungserstellung erzeugen und verschicken lassen, können auf der anderen Seite mit dem Kassenzzeichen den Status der Bezahlung in der ePayBL abfragen und Waren erst bei erfolgter Bezahlung ausliefern.

2. Der im PDF-Dokument angezeigte Link sollte auch die Success- und Abort-URLs enthalten, damit der Kunde nach Bezahlung über die Paypage auf eine konfigurierbare Seite zurückkehren kann.

Vorteil: Fachanwendungen können die Rechnungserstellung zum Erzeugen der Rechnung verwenden. Der Kunde kann dann nach der Bezahlung über die Paypage wieder auf die Fachanwendung zurückkehren.

3. Die Rechnungserstellung kommunizierte mit der ePayBL bislang ohne Clientzertifikate. Da die GeoLizenz-Anwendung bei den Webservice-Aufrufen Zertifikate erfordern, muss auch die Rechnungserstellung bei der Kommunikation mit diesem Mandanten (anlegenKunde, anlegenKassenzzeichen) Zertifikate verwenden. Damit also eine Fachanwendung sowohl mit der Rechnungserstellung als auch mit der ePayBL über den gleichen Mandanten kommunizieren kann musste die Rechnungserstellung derart angepasst werden, dass sie auch Clientzertifikate verwendet.

Vorteil: Eine Fachanwendung kann mit der Rechnungserstellung und der ePayBL unter Verwendung des gleichen Mandanten kommunizieren. Somit können nun Fachanwendungen den Status des von der Rechnungserstellung angelegten Kassenzzeichens bei der ePayBL abfragen.

2. Haushaltsmittel-Bewirtschaftung / Verteilung der Einnahmen

Das Modellvorhaben hat gezeigt, dass der elektronische Geschäftsverkehr mit einem Bewirtschafter realisiert werden konnte.

Aus dem Testbetrieb haben sich dann grundsätzliche Fragestellungen zur Haushaltsmittel-Bewirtschaftung und zur Verteilung der Einnahmen entwickelt, die im Modellvorhaben aus zeitlichen Gründen nicht in vollem Umfang und in der gebotenen Tiefe untersucht werden konnten. Die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben werden in diesem Dokument wiedergegeben, um zu einem besseren Gesamtverständnis beizutragen.

Das Modellvorhaben wurde mit einem einzigen Bewirtschafter der Bund-Länder-Betreibergemeinschaft durchgeführt. Folgende weitere Szenarien sind denkbar und auf Umsetzbarkeit zu prüfen:

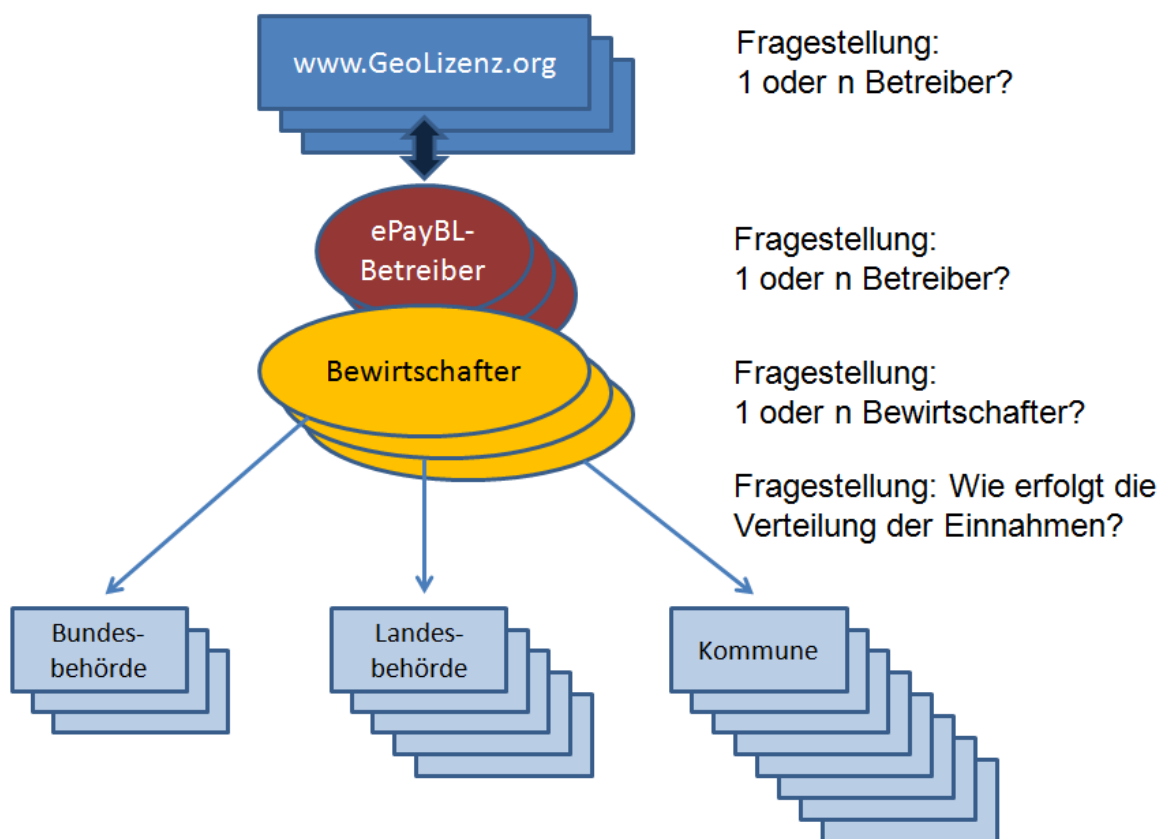


Abbildung 4 – Fragestellungen zur Bewirtschaftung

Hinweis: Die Fragestellungen zum Betreibermodell GeoLizenz werden an anderer Stelle evaluiert (Kapitel „Betreibermodell“ im Abschlussbericht). Gegenstand dieses Kapitels sind die Fragestellungen zur Haushaltsmittel-Bewirtschaftung und zur Verteilung der Einnahmen.

Die grundlegende Fragestellung lautet, ob a) zukünftig ein Bewirtschafter die Einnahmen an die Datenanbieter weiterverteilt oder ob b) mehrere Bewirtschafter „direkt“ an GeoLizenz.org angeschlossen werden können. Fall a) wurde im Modellvorhaben bezogen auf die Schnittstelle GeoLizenz.org zum Bewirtschafter SID erfolgreich getestet. Eine Weiterverteilung an die

Diensteanbieter fand nicht statt. Falls die vereinnahmten Beträge an Dritte weitergeleitet werden sollen, müssen für jede Weiterleitung Verträge geschlossen werden, um den Anforderungen an das Geldwäschegesetz (GWG) und das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG) zu genügen (dies ist unabhängig vom Einsatz von ePayBL oder einem anderen Verfahren wie z.B. PayPal u. dgl.). Fall b) ist von Interesse, wenn es mehrere Behörden mit geldleistungspflichtigen Geodiensten gibt, die ePayBL einsetzen. Diese Behörden haben dann bereits eine funktionierende Schnittstelle zu ihrem ePayBL-Betreiber und könnten von den Vereinfachungen, die ePayBL zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs bietet, auch bei der Lizenzierung von geldleistungspflichtigen Geodiensten profitieren.

Der Fall b) konnte im Modellvorhaben nicht untersucht werden. Eine Zweckmäßigkeit sollte in einem Folgeprojekt analysiert werden. Bundesbehörden sind z.B. an ePayBL Bund angeschlossen, welches vom ZIVIT betrieben wird. Die Länder (und zugehörige Kommunen) haben jeweils ihre landeseigenen Betreiber (wie SID für ePayBL Sachsen), so dass hier jeweils eine eigene Anbindung der jeweiligen ePayBL-Variante an GeoLizenz.org umzusetzen wäre. Abbildung 5 veranschaulicht diese Situation.

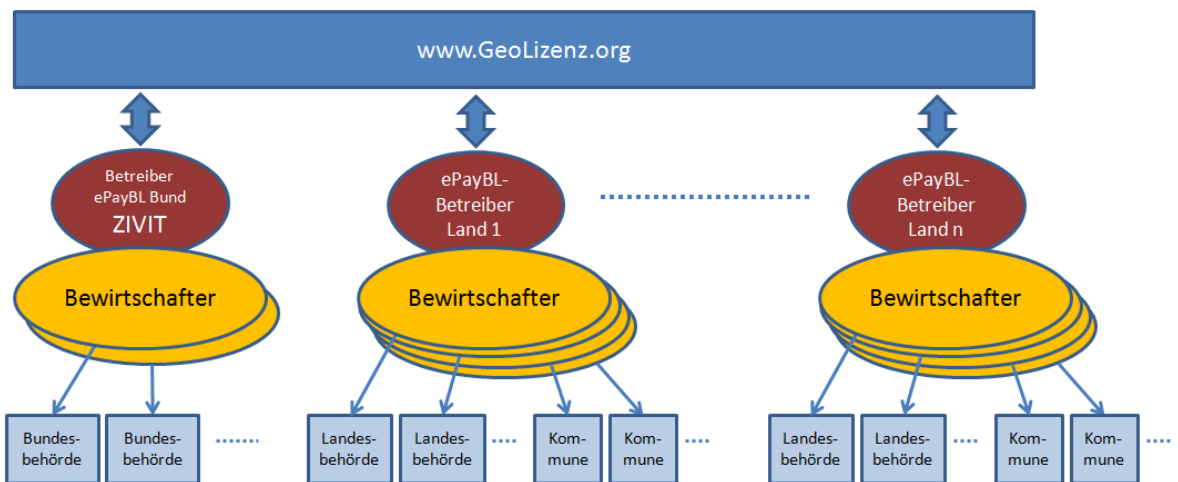


Abbildung 5 – Mögliche Szenarien zur Bewirtschaftung

Es ist davon auszugehen, dass in absehbarer Zeit nicht alle Behörden, die geldleistungspflichtige Geodaten anbieten, ePayBL einsetzen werden. Daher muss eine Weiterverteilung der Einnahmen zunächst auch weiterhin an diese Behörden organisiert werden. In diesem Zusammenhang sollte in einem Folgeprojekt untersucht werden, ob und wie eine Verwaltungsebenen-übergreifende Verteilung möglich ist (dies wäre die grundlegende Voraussetzung für den Wirkbetrieb nach dem oben geschilderten Fall a) (nur ein Bewirtschafter)).

2.1. Abläufe

Nachfolgend sind zunächst die grundlegenden Abläufe für die zu untersuchenden Fälle (Kapitel 2.1) und daran angeknüpft die Fragestellungen aus Sicht der ePayBL-Betreiber und der Bewirtschafter (Kapitel 2.2) aufgeführt.

Fall a1): Es gibt nur einen Bewirtschafter und der Bewirtschafter ist eine **Bundesbehörde**

In diesem Fall wäre ePayBL Bund an www.GeoLizenz.org anzuschließen und ePayBL-Betreiber wäre das ZIVIT. Alle Geldleistungen gehen zunächst auf ein Konto bei der Bundeskasse ein. Die Einnahmen müssen dann weiterverteilt werden an die Datenanbieter (Empfänger). Folgende Fälle können auftreten:

- 1) Empfänger ist die eigene oder eine andere Bundesbehörde
 - Eine Verbuchung auf die entsprechende Haushaltsstelle ist notwendig. Bei der jeweiligen Behörde muss eine Verbuchung im behördeneigenen Abrechnungssystem (MACH, SAP, KABU, ...) erfolgen.
- 2) Empfänger ist eine Landesbehörde
 - Überweisung vom Konto des Bewirtschafters (Bundeskasse) auf das Konto der entsprechenden Landeskasse durch den Titelverwalter (Anordnungsbefugter)
 - Bei der Landesbehörde muss eine Verbuchung im behördeneigenen Abrechnungssystem erfolgen.
- 3) Empfänger ist eine Kommune
 - Überweisung vom Konto des Bewirtschafters (Bundeskasse) auf das Konto der entsprechenden Landeskasse durch den Titelverwalter (Anordnungsbefugter)
 - Von der Landeskasse Überweisung an die Kommune
 - Verbuchung im Abrechnungssystem der Kommune

Fall a2): Es gibt nur einen Bewirtschafter und der Bewirtschafter ist eine **Landesbehörde**

In diesem Fall wäre die ePayBL einer Landesbehörde an www.GeoLizenz.org anzuschließen und ePayBL-Betreiber wäre eine Organisation des Landes (wie z.B. SID im Land Sachsen). Alle Geldleistungen gehen zunächst auf ein Konto bei der Landeskasse ein. Die Einnahmen müssen dann weiterverteilt werden an die Datenanbieter. Folgende Fälle können auftreten:

- 1) Empfänger ist eine Bundesbehörde
 - Überweisung von der Landeskasse an die Bundeskasse
 - Anschließend: Verbuchung auf die entsprechende Haushaltsstelle. Bei der jeweiligen Behörde muss eine Verbuchung im Behörden-eigenen Abrechnungssystem erfolgen.
- 2) Empfänger ist die eigene Landesbehörde
 - Verbuchung im behördeneigenen Abrechnungssystem.
- 3) Empfänger ist eine andere Landesbehörden
 - Überweisung vom Konto des Bewirtschafters (Landeskasse) auf das Konto der Empfänger-Landeskasse

- Bei der Empfänger-Landesbehörde muss eine Verbuchung im behörden-eigenen Abrechnungssystem erfolgen.
- 4) Empfänger ist eine Kommune im eigenen Land
- Überweisung vom Konto des Bewirtschafters (Landeskasse) auf das Konto der Empfänger-Landeskasse
 - Von dort Überweisung an die Kommune
 - Verbuchung im Abrechnungssystem der Kommune
- 5) Empfänger ist eine Kommune in einem anderen Land
- Frage: analog zu 4)

Fall b): Es gibt mehrere Bewirtschafters

In diesem Fall wären ggf. auch mehrere ePayBL-Betreiber an www.GeoLizenz.org anzuschließen. Geldleistungen gehen direkt auf dem Konto des Empfängers ein. Folgende Fälle können auftreten:

- 1) Empfänger ist eine Bundesbehörde
- Eine Verbuchung auf die entsprechende Haushaltsstelle ist notwendig. Bei der Behörde muss eine Verbuchung im behördeneigenen Abrechnungssystem erfolgen.
- 2) Empfänger ist eine Landesbehörde
- Verbuchung im behördeneigenen Abrechnungssystem
- 3) Empfänger ist eine Kommune
- Überweisung vom Konto des Bewirtschafters (Landeskasse) auf das Konto der Empfänger-Landeskasse
 - Von dort Überweisung an die Kommune
 - Verbuchung im Abrechnungssystem der Kommune

2.2. Fragestellungen

Die hier aufgeführten Fragestellungen wurden vom SID beantwortet.

Frage	Antwort
Ist es zulässig, dass in ePayBL Verwaltungsebenen-übergreifend bei einem Betreiber mehrere Bewirtschafters eingerichtet werden?	Ja, innerhalb des eigenen Landes
Falls ja, wie hoch ist der Aufwand a) beim Betreiber und b) beim Bewirtschafters ist?	Der Aufwand zu a) und b) kann nicht so pauschal angegeben werden, da ein Teil Grundlast ist, ein Teil nach Transaktionen und ein Teil nach Zeit abgerechnet wird. (nach Aufwand)

<p>Welches sind die notwendigen Schritte zur Weiterverteilung der Einnahmen an die Datenanbieter aus den verschiedenen Verwaltungsebenen Bund / Land / Kommunen.</p> <p>a) Wie hoch sind die Aufwände / Kosten?</p> <p>b) Was muss getan werden?</p>	<p>a) siehe Handbuch Geschäftsprozesse</p> <p>b)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schließen von Vereinbarungen als Grundlage für Ein- und Auszahlungen im Haushalt - Abstimmung, Implementierung, Test der notwendigen Schnittstellen gem. Handbuch Geschäftsprozesse - Zertifikatsaustausch
<p>Ist es aus Sicht des SID sinnvoll, den Mandanten (also die Anwendung GeoLizenz.org) an verschiedene ePayBL-Anwendungen anzubinden?</p>	<p>Sofern eine eigene Instanz von ePayBL im Land vorhanden ist und diese auch von der Behörde genutzt werden kann (dies ist in manchen Ländern zwischen Land und Kommune z.B. in NRW nicht zulässig), sollte diese benutzt werden.</p>
<p>Muss der Einsatz von ePayBL durch den jeweiligen Finanzminister gebilligt werden?</p>	<p>Ja</p>
<p>Ist PayPal eine Konkurrenz zu ePayBL? Bitte die Unterscheidungen darstellen.</p>	<p>Nein, PayPal wird momentan in ePayBL integriert.</p>
<p>Wie unterscheiden sich Vorgehensweisen, Kosten und Aufwände bei einer Behörde bei einem Einsatz von ePayBL im Vergleich zu einem Einsatz anderer gängiger Online-Bezahlmethoden?</p> <p>Hierzu folgende Anmerkung:</p> <p><i>Die ePayBL ist der Mittler zwischen den Fachverfahren und den Kassensystemen, d.h. die Fachverfahren müssen nicht mehr an dem verschiedenen Kassensystem angebunden werden – das übernimmt die ePayBL.</i></p> <p><i>Hauptaufgaben der ePayBL sind die Verwaltung von Kassenzahlen, die Erzeugung von Sollstellungen und das Einlesen der Ist-Buchungen.</i></p>	<p>Aufgrund der strengen Reglementierung im Bereich Zahlungsverkehr (ZAG, GWG, KWG usw.) unterscheiden sich die Vorgehensweisen nur marginal.</p> <p>Kosten und Aufwände differieren jedoch erheblich, da ePayBL speziell auf die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltungen zugeschnitten ist und damit passfähiger für die Verwaltungsprozesse ist.</p> <p>Dies ist zunächst nicht offensichtlich, wird aber bei genauer Prozessbetrachtung sehr deutlich.</p> <p>Dies gilt insbesondere für die Anbindung der HKR-Systeme sowie der Auswechselbarkeit der einzuschaltenden Zahlungsverkehrsdienstleister.</p>
<p>Wenn nicht ePayBL eingesetzt wird, müssten diese „Hauptaufgaben“ von der Fachanwendung – sprich GeoLizenz – übernommen werden?</p>	<p>Die in der ePayBL bereits durchgeführten Anpassungen müssten bei jedem anderen System ebenfalls (neu) erfolgen oder würden durch einen dauerhaft hohen Zusatzaufwand auf Verwaltungsseite erkauf.</p>
<p>Wie unterscheiden sich Vorgehensweisen, Kosten und Aufwände bei einer Behörde, an die Einnahmen „weiterverteilt“ werden (von einem Bewirtschafter, der über ePayBL abrechnet) im Vergleich zur direkten Abrechnung der Behörde über die gängigen Online-Bezahlmethoden?</p>	<p>Hier gibt es prinzipiell keinen Unterschied. Bei Bedarf kann die „Weiterverteilung“ direkt auf die Konten der Behörden erfolgen - mit einem Vorteil: Bereitstellung der für das jeweilige HKR-System erforderlichen Buchungsdaten.</p>

<p>Kann SID eine Empfehlung für die Alternativen a1, a2 oder b geben und begründen?</p>	<p>Die Varianten a1, a2 oder b können alle abgebildet werden.</p> <p>Aus den Projekterfahrungen in ePayBL kann jedoch abgeleitet werden, dass es immer günstig ist, wenn ähnliche Vorgänge an der gleichen Stelle von den gleichen Personen bearbeitet werden.</p> <p>Begründung: Aufgrund des damit verbundenen höheren Durchsatzes, kommen ähnliche Fälle öfter vor und es lohnt sich, bestimmte Schritte zu automatisieren (Vorlagen, Abläufe, Checklisten, ...). Damit steigt die Qualität.</p>
---	---

Insgesamt lässt sich feststellen, dass - auch wenn die Aufwendungen zur Implementierung in mehreren verschiedenen Stellen nicht abgeschätzt werden kann - die gebündelte Nutzung von ePayBL durch Behörden vorteilhaft ist.

In diesem Zusammenhang wird auf das Kooperationsprojekt in Sachen E-Payment im Saarland hingewiesen. Das Projekt wurde vom saarländischen Ministerium für Finanzen und Europa in Auftrag gegeben. Ansprechpartner ist Herr Dr. Hanno Thewes, Stabsstelle Zentrales IT-Management (CIO).

<http://www.e-government-cc.org/Leuchtturmprojekt-E-Payment.554.0.html?&L=0>

Nachfolgende Fragestellungen beziehen sich auf die Schnittstelle von ePayBL zum Bewirtschafter und auf die Verbuchung der Einnahmen beim Bewirtschafter.

Frage	Antwort
<p>Bei den Partnern des Modellvorhabens sind diverse unterschiedliche Haushalts- und Kassensysteme im Einsatz (Frage 47: MACH, SAP, HKR-TV, Varial, Infor ERP LN, INFOMA).</p> <p>a) Wie sind diese im Hinblick auf eine Schnittstelle zu ePayBL zu bewerten / zu klassifizieren?</p> <p>b) Welche werden von ePayBL bereits unterstützt?</p>	<p>a) Grundsätzlich können alle HKR-Systeme von ePayBL durch entsprechende Applikationen (plug-in's), die ggf. noch zu entwickeln sind, bedient werden.</p> <p>b) Bei SID wurden neben SaxMBS für die Kommunen weitere Schnittstellen entwickelt, wobei bereits Anbindungen an SAP FI, MACH, CIP und weitere erfolgten. XFinanz wird derzeit umgesetzt.</p>
<p>Fragen zur Verbuchung der Lizenzeinnahmen im Abrechnungssystem bei Bundesbehörden:</p> <p>a) Welche Anforderungen müssen generell erfüllt werden?</p> <p>b) Welche Aufwände / Kosten fallen an?</p>	<p>a) Hierzu gehören u.a. das Erzeugen sowie der Ausgleich von Sollstellungen.</p> <p>Vorher müssen hierzu Vereinbarungen geschlossen werden, die den Geldfluss überhaupt erst erlauben. Dies kann SEHR zeitaufwändig sein. Dies trifft auch für jeden anderen ZV-Dienstleister zu!</p> <p>b) Kann nicht beziffert werden</p>

Die Entwicklungskosten für ein neues Plug-In auf ePayBL-Seite werden generell von der Organisation getragen, die die neue Entwicklung benötigt. Der Aufwand zur Entwicklung des Plug-Ins ist hierbei von Fall zu Fall unterschiedlich. Die Kosten lagen bisher zwischen 7.000 € und 21.000 €, wobei sich die genaue Höhe nach den konkreten Anforderungen richtete. Für die Entwicklungen neuer Plug-Ins wird aktuell eine Fremdfirma beauftragt.

Um die Weiterentwicklung der Kernsoftware sowie diverser Plug-Ins zu finanzieren, ist aktuell von jedem neuen Mitglied der Entwicklergemeinschaft in den ersten zwei Jahren ein Jahresbeitrag von 50.000 € an die Entwicklergemeinschaft zu zahlen. Ab dem kommenden Jahr soll als neuer Mitgliedsbeitrag die Summe des im Vorjahr verbrauchten Budgets geteilt durch die Anzahl der Mitglieder errechnet werden.

Im Rahmen der Evaluierung im Modellvorhaben sollen Aufwände und Vorgehensweisen hinsichtlich eines Einsatzes bei Bundesbehörden mit MACH und SAP untersucht werden. Nachfolgende Fragestellungen beziehen sich auf diese Fälle.

Frage	Antwort
Szenario: Eine Bundesbehörde setzt MACH oder SAP ein und möchte ePayBL Bund erstmalig einsetzen. a) Wie hoch ist der Aufwand / die Kosten? b) Was muss getan werden?	a) Hierfür liegen (ältere) Angebote in Höhe von ca. 7.000 bis 21.000 Euro vor. b) Diese Angebote müssen jedoch im konkreten Fall nochmals aktuell abgerufen werden.

Fragestellungen zur ePayBL-Funktionalität

In der Online-Umfrage wurden die Anbieter nach Abrechnungsmöglichkeiten für den Wirkbetrieb befragt. Hierbei wurde neben der bereits umgesetzten Möglichkeit der separaten Abrechnung jedes einzelnen Dienstes der Wunsch nach Sammelrechnungen geäußert. Auf der anderen Seite fordern die Nutzer eine Warenkorb-Funktionalität, wobei aus Nutzersicht zwei Fälle zu unterscheiden sind:

- a) Es werden mehrere Dienste eines Anbieters im Warenkorb gesammelt (die dann über die Sammelabrechnung bei diesem Anbieter abgerechnet werden könnten)
- b) Es werden Dienste mehrerer Anbieter im Warenkorb gesammelt. Hier muss eine Separierung der Positionen in (Sammel)Abrechnungen für jeden einzelnen Anbieter erfolgen.

Optimum für die Anwender wäre die Umsetzung aller Möglichkeiten, wobei für knapp die Hälfte der Nutzer im Modellvorhaben die Möglichkeit der Sammelbestellung für mehrere Dienste eines Anbieters (Fall a)) ausreichend ist.

Frage	Antwort
Unterstützt ePayBL Sammelabrechnungen?	Ja
Falls ja, wie ist dies umgesetzt? Welche Fälle werden unterstützt? Welche Daten müssen von GeoLizenz.org geliefert werden?	Als Buchungsliste je Kassenzeichen (BKZ) aufgeschlüsselt nach Haushaltsstelle/Objektnummer
Falls nein, wie aufwändig wäre die Umsetzung auf ePayBL-Seite? Was kann in ePayBL / was	Haushaltsstelle/Objektnummer müssen beim Artikel hinterlegt werden (siehe Schnittstellen-

muss in GeoLizenz.org umgesetzt werden?	beschreibung).
---	----------------

Anforderung DWD: „Der DWD unterliegt der Steuerpflicht. Daher sind die steuerlichen Anforderungen, z.B. bei Auslandskunden), aber auch bei Inlandskunden zu berücksichtigen. Die gesetzlichen, steuerlichen Anforderungen für Online-Rechnungen und der Rechnungsstellung sind zu beachten.“

Frage	Antwort
Inwieweit wird eine unterschiedliche Besteuerung von Kunden unterstützt (Brutto/Netto-Angaben)?	Voll möglich, muss in Buchungsliste z.B. durch GeoLizenz.org mitgegeben werden.

Konkrete Fragestellungen an den SID

Frage	Antwort
Welche (monetären und nicht monetären) Aufwände hatte SID mit dem Modellvorhaben?	Der Aufwand wurde für das Modellvorhaben nicht erfasst, beträgt geschätzt weniger als 5 Personentage. Monetäre Aufwände sind nicht entstanden
Welche besonderen Herausforderungen waren zu lösen?	keine
Könnte sich der SID vorstellen, zukünftig den Wirkbetrieb und wenn ja, zu welchen Konditionen zu unterstützen? In der Rolle a) als zukünftiger Betreiber von ePayBL für den Mandanten GeoLizenz.org? und / oder b) als zukünftiger Bewirtschafter für die Datenanbieter?	Dies wäre mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Europa (Ref. V3) zu verhandeln.
Welche Tätigkeiten erfordert dies a) beim SID? b) beim Betreiber von www.GeoLizenz.org ?	a) Entsprechend Handbuch Geschäftsprozesse der jeweiligen Aufgabe entsprechend. b) Entsprechend Handbuch Geschäftsprozesse der jeweiligen Aufgabe entsprechend.
Welcher Aufwand würde bei den Behörden (Datenanbietern) entstehen? a) wenn ePayBL bereits eine Schnittstelle zu dem bei der Behörde vorhandenen Abrechnungssystem besitzt b) wenn a) nicht der Fall ist Weitere Differenzierung nach Art der Behörde: c) Bundesbehörde	a) Entsprechend Handbuch Geschäftsprozesse der jeweiligen Aufgabe entsprechend. b) Entsprechend Handbuch Geschäftsprozesse der jeweiligen Aufgabe entsprechend. c) Keine Differenzierung notwendig, da die Prozesse umfassend beschrieben wurden. d) Keine Differenzierung notwendig, da die Prozesse umfassend beschrieben wurden. e) Keine Differenzierung notwendig, da die

d) Landesbehörde e) Kommune	Prozesse umfassend beschrieben wurden.
Welcher Aufwand würde bei SID für jeden hinzukommenden Bewirtschafter entstehen?	Je nach konkreter Aufgabenstellung, die mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Europa (Ref. V3) zu verhandeln wäre.

2.3. Weitere Hinweise

Bereits zum Zeitpunkt der Erstellung des Feinkonzeptes wurden von SID Informationen geliefert, die nachfolgend wiedergegeben sind. Diese Erfahrungssammlung trägt auch zum besseren Gesamtverständnis der Abrechnungskomponente im Modellvorhaben bei.

Anmerkung zu Bezahlverfahren:

Bei der Auswahl von Zahlverfahren ist immer genau zu betrachten, dass das gewählte Verfahren von allen vor- und nachgelagerten Prozessen bedient werden kann.

Insbesondere die Einbindung in das Kundenfrontend, sowie die geeignete Anbindung an vorhandene Verfahren des Haushalts- bzw. ERP-Systeme (Enterprise Resource Planning) muss vorher genau untersucht werden, da in der Regel ansonsten unerwartete Aufwände entstehen.

Hierbei sollen die Themen Datenschutz und Datensicherheit eine besonders große Rolle spielen.

Gleichzeitig sind die kompletten Wege zur Abarbeitung von Reklamationen (einschließlich der hierbei einzuhaltenden Reaktionszeiten und namentlicher Benennung von Verantwortlichen dafür intern zu kommunizieren und vor Einsatz zu testen.

Desweiteren sollte der Anbieter prüfen, ob er ggfs. in der Lage wäre den Zahlungsdienstleister im Ernstfall zur Rechenschaft zu ziehen. Dies kann -sofern dieser seinen Sitz nicht im Inland hat- kompliziert und teuer werden.

Angebote im Internet sind immer besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Dies gilt bei der Verwendung von elektronischen Bezahlverfahren ungleich mehr und muss durch geeignete Sicherheitsmaßnahmen möglichst ausgeglichen werden. Im Missbrauchsfall können ansonsten der mögliche wirtschaftliche und der oft gleichzeitige Image-Schaden enorm hoch sein.

Bei der Auswahl des Zahlverfahrens sollte der Anbieter vorher eine Betrachtung des erwarteten Umsatzes machen um anhand dieser Daten eine Kostenabschätzung für die Entgelte der eingeschalteten Zahlungsdienstleister zu erhalten.

Dabei sollten ebenfalls solche Rahmendaten wie:

- Abrechnungszeitpunkt (täglich/ wöchentlich/monatlich?)
- Zahlungsziel bis Gutschrift auf dem Konto: (1 Woche/mehrere Wochen oder gar Monate?) zusätzlich zu Dingen wie
- „Wann werden diese Kosten in Rechnung gestellt? (sofort durch Abzug von der Gutschrift? Bei Gutschrift per Rechnung oder nachträglich per Rechnung? Gegebenenfalls vorher (Prepaid mit paketweiser Aufladung ?)

beachtet werden.

Die derzeit verbreitetsten Verfahren (mit der meisten Kundenakzeptanz sind im deutschsprachigen Raum Zahlung auf Rechnung (eigentlich ein „unechtes“ Zahlverfahren), die Lastschrift, gefolgt von PayPal und Kreditkarte.

Eine weite Marktdurchdringung hat inzwischen ebenfalls die „Sofortüberweisung“ (technisch nicht anders als „Giropay“).

Erfahrung: Generell wird der Aufwand der Bewirtschaftung meist unterschätzt.

Anmerkung zur Anbieterregistrierung:

Der Gesamtprozess der Registrierung ist unbedingt an die Erfordernisse einer Identifikation entsprechend Geldwäschegesetz anzupassen. Für diese Identifikation gibt es hier zwei Möglichkeiten

- a) Daten werden über GeoLizenz geliefert
- b) Der Anbieter füllt ein Formular aus und übersendet dies per post-ident-Verfahren an den Bewirtschafter oder gibt es persönlich ab (etwa im Rahmen des Beratungsgesprächs zur Ausfüllung der Mandanten- und Bewirtschafterkonfiguration)

Anforderung: In GeoLizenz muss abgesichert sein, dass nur seriöse Angebote reinkommen (Geldwäsche).

3. ePayBL-Anbindung in GeoLizenz.org

Im Modellvorhaben wurde gezeigt, dass die Zahlvorgänge mit einem ePayBL-Betreiber (SID) abgewickelt werden konnten. Nachfolgende Fragestellungen beziehen sich auf die zu Beginn des Kapitels dargestellten Fälle

- a) ein Bewirtschafter und ein ePayBL-Betreiber
- b) mehrere Bewirtschafter

Die hier aufgeführten Fragestellungen wurden von der GIW-Gst. beantwortet.

Fragestellungen zu Fall a):

Frage	Antwort
Welche Aufwände würden auf Seite GeoLizenz.org (noch) entstehen, wenn im Wirkbetrieb SID der einzige ePayBL-Betreiber und Bewirtschafter bleiben würde?	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassungen von Visualisierungen für den Wirkbetrieb, wie z. B. Anpassung des Rechnungstemplates und der Oberfläche der Paypage - ca. 10.000 €
Welche Aufwände würden auf Seite GeoLizenz.org entstehen, wenn im Wirkbetrieb ein anderer ePayBL-Betreiber und Bewirtschafter angeschlossen werden würde (etwa ZIVIT)?	<ul style="list-style-type: none"> - Wenn die Neuentwicklung im Rechnungsmodul bei SID Sachsen an anderen Betreiber weitergegeben werden kann: <ul style="list-style-type: none"> - Anpassung des Codes zur Schnittstelle des Betreibers - Sicherheitszertifikate - Anpassung von Webservice-Aufrufen an die neue Schnittstelle - Anpassung des Rechnungstemplates - Anpassung der Oberfläche der Paypage - Entwicklungskosten ca. 30.000 €

Zu Fall b) wurden bereits im Feinkonzept erste Überlegungen skizziert. Im Rahmen der Evaluierung sollen die entsprechenden Möglichkeiten im Hinblick auf Umsetzbarkeit und Kosten untersucht werden. Abbildung 6 stellt dazu eine mögliche Implementierungsvariante dar, die als Grundlage zur Beantwortung der nachfolgenden Fragen dienen soll.

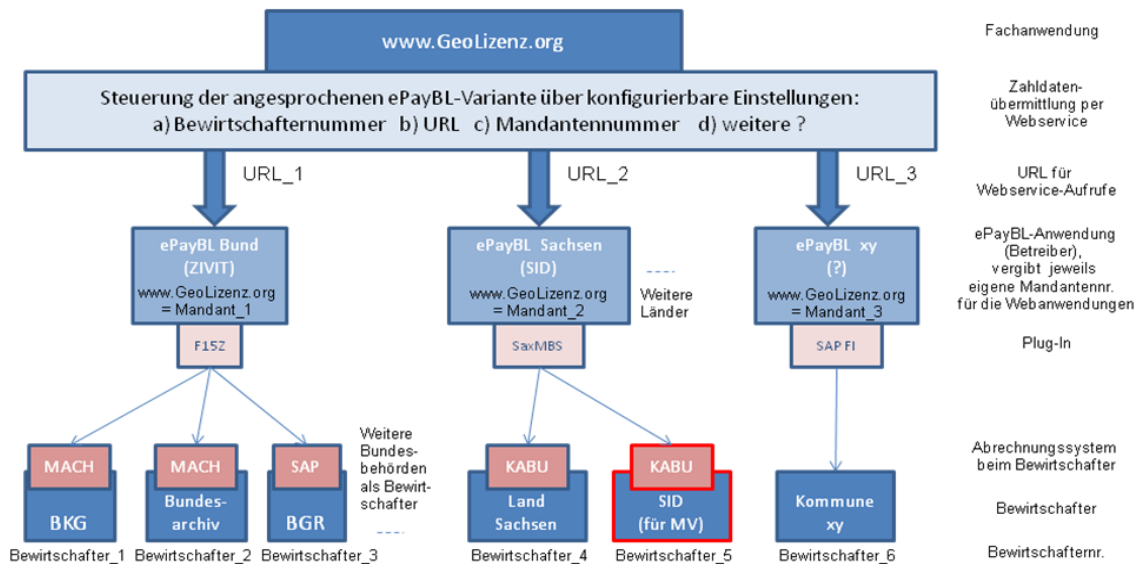


Abbildung 6 – Grobes Schema einer möglichen Implementierung bei mehreren ePayBL-Betreibern

Frage	Antwort
<p>Welche Aufwände würden auf Seite GeoLizenz.org entstehen, wenn im Wirkbetrieb ein ePayBL-Betreiber, aber mehrere Bewirtschafter angeschlossen werden würden (etwa ZIVIT mit DWD und weiteren Bewirtschaftern)?</p> <p>Was wäre zu tun?</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Felder zur Hinterlegung der Information zum Bewirtschafter eines Anbieters - Bei Bezahlung: prüfen, welchem Bewirtschafter der Anbieter angehört bzw. Bewirtschafternummer übergeben (bzw. Anbieter als Bewirtschafter übergeben) - Mehrere Rechnungstemplates anpassen (Entwicklungsgemeinschaft ePayBL: evtl. Weiterentwicklung der Rechnungslegung nötig, Rechnungslegung kann derzeit keine unterschiedlichen Rechnungstemplates pro Fachanwendung vorhalten) - Entwicklungskosten pro Bewirtschafter ca. 5000 € / Jahr
<p>Welche Aufwände würden auf Seite GeoLizenz.org entstehen, wenn im Wirkbetrieb (sukzessive) Schnittstellen zu mehreren ePayBL-Anwendungen bzw. ePayBL-Betreibern angesprochen werden müssten?</p>	<p>Parametrierung muss dynamisch programmiert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Felder zur Hinterlegung der Information zum Bewirtschafter eines Anbieters und dessen ePayBL-Betreiber - Bei Bezahlung: prüfen, welchem ePayBL und Bewirtschafter der Anbieter angehört (bzw. Anbieter als Bewirtschafter übergeben) - Aufruf der jeweiligen Schnittstelle - ggf. unterschiedliche Webservice-Aufrufe je ePayBL-Anwendung - Mehrere Rechnungstemplates anpassen - Mehrere Oberflächen der Paypage anpassen - Entwicklungskosten ca. 50.000 € + 5000 € pro Bewirtschafter / Jahr